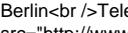




## Wolfgang Neskovic: Das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch

Wolfgang Neskovic: Das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch  
Das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch  
"Beim 'Deal' wird die Wahrheit vor Gericht nicht mehr ermittelt, sondern zwischen den Beteiligten ausgehandelt. Das ist eines Rechtsstaates unwürdig. Das Bundesverfassungsgericht sollte daher die Gelegenheit nutzen, um diese Praxis zu beenden", erklärt Wolfgang Neskovic, Justiziar und Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zum "Deal" im Strafrecht. Neskovic weiter: "Der Deal dient nicht der Wahrheitssuche, sondern ausschließlich der Arbeitserleichterung. Es gibt ihn nur, weil die Gerichte mit komplizierten und langwierigen Prozessen überfordert sind. Die überlastete Justiz profitiert von einem kurzen Verfahren, während der Angeklagte als Gegenleistung die von ihm für vertretbar gehaltene Strafe erhält. Wahrheit und Gerechtigkeit bleiben dabei auf der Strecke. Hinzu kommt, dass ein solcher Deal finanziell Bessergestellte bevorzugt und zu einem Zweiklassenstrafrecht führt. Der Reiche kann sich teure Anwälte leisten, die mit dem Gericht verhandeln, der Hartz-IV-Empfänger nicht. Der Deal muss daher gesetzlich verboten werden. Die Gerichte müssen stattdessen personell so ausgestattet werden, dass sie auch komplizierte und langwierige Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren ohne Deals führen können. Das Bundesverfassungsgericht hat nun die Möglichkeit, die grundsätzliche Verfassungswidrigkeit des Dealens zu erkennen und den unwürdigen Handel mit der Gerechtigkeit zu beenden. Denn das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch, und die Gerichtssäle sind keine Markthallen."  
F.d.R. Susanne Müller  
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon +4930/227-52800  
Telefax +4930/227-56801  
pressesprecher@linksfraktion.de  
www.linksfraktion.de  


### Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

### Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen DIE LINKE..